

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.09.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Das letzte Rohr der Ostseepipeline ist verschweißt</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.09.2021</i> .....	3
2   <b>Atommüll im Hochwassergebiet: Kritik an Deponieplan</b> <i>nd (neues deutschland), 07.09.2021</i> .....	4
3   <b>Polen plant Einstieg in Atomkraft</b> <i>heise.de, 06.09.2021</i> .....	6

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 07.09.2021 | S. 21

📄 Auflage: 214.247 | Reichweite: 962.862

👤 Niklas Záboji

## Das letzte Rohr der Ostseepipeline ist verschweißt

### Nord Stream 2 steht vor der Inbetriebnahme

**niza. FRANKFURT.** Nach mehr als dreijähriger Bauzeit steht die Ostseepipeline Nord Stream 2 vor der Inbetriebnahme. Wie die Betreiberfirma, eine Aktiengesellschaft mit Sitz im schweizerischen Zug, mitteilte, haben Fachleute das letzte Rohr der umstrittenen Gasleitung am Montag erfolgreich verschweißt. Es trägt die Nummer 200 858. Das Rohr werde nun in deutschen Gewässern auf den Boden der Ostsee herabgelassen.

Als Nächstes werde der von der deutschen Küste kommende Abschnitt der Pipeline mit dem aus den dänischen Gewässern kommenden Abschnitt durch eine sogenannte Überwasserschweißnaht verbunden, lauten die weiteren Angaben der Nord Stream 2 AG. Anschließend soll die Inbetriebnahme vorbereitet werden. Ziel sei es, die Pipeline in diesem Jahr in Betrieb nehmen zu können. Dem Vernehmen nach könnte schon im Oktober erstes Gas nach Deutschland gepumpt werden.

Der Streit um Nord Stream 2 ist so alt wie das knapp 10 Milliarden Euro teure Projekt selbst. Das Vorhaben, russisches Gas auf direktem Wege durch die Ostsee nach Deutschland zu transportieren statt über Transitländer wie die Ukraine und Polen, ist bei diesen von Beginn an auf scharfe Kritik gestoßen. Neben wirtschaftlichen Motiven spielten dabei geopolitische Sorgen vor einer Abhängigkeit von Russland eine Rolle; hinter Nord Stream 2 steht der russische Staatskonzern Gazprom, fünf westeuropäische Unternehmen sind Finanzierungspartner. Auch die EU-Kommission

und die Vereinigten Staaten haben sich gegen die Pipeline ausgesprochen. Nach verschärften amerikanischen Sanktionsdrohungen wurden die Arbeiten Ende 2019 gestoppt und ein knappes Jahr später wieder aufgenommen. Nach wie vor gibt es rechtliche Hürden auf dem Weg zur Inbetriebnahme. So bleibt offen, in welcher Form sich Gazprom den Regeln für den EU-Gasmarkt unterwerfen und dabei Pipeline-Betrieb und Gaslieferung trennen muss. Das dürfte das Projekt aber nur erschweren und nicht mehr verhindern.

Ebenso wie die Ende 2011 in Betrieb genommene Pipeline Nord Stream beträgt die jährliche Transportkapazität von Nord Stream 2 rund 55 Milliarden Kubikmeter Gas. Bei voller Auslastung können Nord Stream und Nord Stream 2 also deutlich mehr als 100 Milliarden Kubikmeter transportieren. Der deutsche Jahresverbrauch an Erdgas lag mit zuletzt rund 90 Milliarden Kubikmeter darunter.

Auch deshalb sollen Anschlussleitungen einen Teil des Gases in deutsche Nachbarländer wie Tschechien weiterpumpen. "Nord Stream 2 wird dazu beitragen, den langfristigen Bedarf des europäischen Energiemarktes an Erdgasimporten zu decken, die Versorgungssicherheit und -zuverlässigkeit zu verbessern und Gas zu fairen wirtschaftlichen Konditionen bereitzustellen", heißt es in der Ankündigung des Betreiberunternehmens. Ob der Gasbedarf in Europa im Zuge der Energiewende mittelfristig steigen oder sinken wird, ist unter Fachleuten umstritten.

## Atommüll im Hochwassergebiet: Kritik an Deponieplan

### Nach Flutkatastrophe wächst der Widerstand gegen geplantes Zwischenlager in Würgassen. Aktionstag in Hannover gegen Endlager

*Der Bund plant am Standort des früheren Kernkraftwerks Würgassen an der Weser ein sogenanntes Logistikzentrum für radioaktive Abfälle. Die niedersächsischen Grünen wollen das verhindern.*

Das Bundesumweltministerium nennt, was da in der Weseraue im Dreiländereck zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen geplant ist, ein »Logistikzentrum«. Tatsächlich handelt es sich um ein Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll aus deutschen **Atomkraftwerken**, das auf dem Gelände des 1994 stillgelegten **AKW** Würgassen gebaut werden soll.

Anfang März 2020 hatte das Ministerium bekanntgegeben, in Würgassen werde das »zentrale Logistikzentrum für das **Endlager Konrad**« errichtet. Dieses befindet sich im 120 Kilometer entfernten Salzgitter im Süden Niedersachsens.

»Völlig wahnsinnig« findet der niedersächsische Landtagsabgeordnete Christian Meyer (Grüne) das Vorhaben, die Lagerhalle in einem von Überschwemmungen heimgesuchten Gebiet zu bauen. Der Standort, auf dem der Bau neuer Einfamilienhäuser verboten ist, sei »einfach ungeeignet« sagte der Politiker gegenüber dem NDR. Das sei »in der heutigen Zeit völlig absurd«.

Geteilt werden Meyers Bedenken von der Bürgerinitiative »**Atomfreies** 3-Ländereck«, die Gegner der geplanten oberirdischen Halle aus Stahlbeton aus NRW, Niedersachsen und Hessen vereint. Sie begründen ihre Ablehnung unter anderem mit dem Hinweis, dass der Baugrund am ehemaligen **AKW** instabil sei. Auch lägen Wohnhäuser viel zu nahe an Deponie. Die Hochwasserproblematik gebe dem Standort aber definitiv den Rest, heißt es aus den Reihen der BI.

Die bundeseigene **BGZ** Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH treibt die Planungen für das Zwischenlager nach Angaben der Gegner aber unbeirrt weiter voran. Dabei würden Gefahren von Bodenabsenkungen ebenso ignoriert wie das Hochwasserrisiko. **BGZ**-Sprecher Hendrik Kranert-Rydzy erklärte indes, das Projekt sei völlig unproblematisch. Das Gelände werde aufgeschüttet, für die mit dem Hallenbau verbun-

dene Flächenversiegelung werde im Wesertal »Ersatz-Retentionsraum« geschaffen, so der Sprecher gegenüber dem NDR. Zudem stützt sich die Gesellschaft auf das Gutachten des Wasserbauexperten Jürgen Jensen von der Universität Siegen. Für den Standort habe man einen »Bemessungsabfluss« ermittelt, der so groß sei, »dass das bisher größte Hochwasser in dem Bereich von 1946 und ein Hochwasser von 1995 zusammen. Darüber hinaus bleibe »immer noch eine kleine Reserve«.

Landes- und Kommunalpolitiker aus der Region um Würgassen haben sich mit ihren Bedenken gegen das Zwischenlager an Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) gewandt. Sie fordern, der Bund möge die Kriterien offenlegen, die zur Auswahl des Standortes Würgassen geführt haben. Auch solle ein neues Auswahlverfahren gestartet werden. Im Februar wurde zudem eine von fast 12 000 Menschen unterzeichnete Petition gegen den Zwischenlagerbau beim Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht.

Nach bisherigen Planungen soll mit dem Bau der 325 Meter langen, 125 Meter breiten und 16 Meter hohen Halle – das entspricht der Fläche von drei Fußballstadien – 2023 begonnen werden. Darin soll der **Atommüll** laut Bundesumweltministerium gesammelt und sortiert werden. Von dort aus soll er sukzessive in das bereits im Bau befindliche zentrale Endlager der Bundesrepublik für schwach und mittelradioaktiven Abfall Schacht Konrad in Salzgitter verbracht werden.

Doch auch Schacht Konrad wird nicht nur von **atomkritischen** Vereinen, sondern auch von zahlreichen Kommunalpolitikern – und der IG Metall abgelehnt (»nd« berichtete). Gegner des Endlagers übergaben Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) am Samstag in Hannover eine Liste mit über 20 000 Unterschriften. Die Unterzeichner fordern die Rücknahme der Genehmigung für den Bau des Endlagers. Zuvor

war ein Traktorenkonvoi von Salzgitter in die Landeshauptstadt gerollt. Einer Demonstration vom Bahnhof zum Landtag schlossen sich gut 150 Menschen an, unter ihnen auch Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel. »Wir geben nicht auf, bis das Projekt Konrad aufgegeben wird«, versprach der CDU-Politiker auf der Demo.

Silke Westphal vom Vorstand der *Arbeitsgemeinschaft*

Konrad betonte, das »alte und marode Bergwerk Konrad« sei für die Lagerung von *Atommüll* völlig ungeeignet. Namens der Grünen im Landtag, die ebenfalls den Widerruf der Genehmigung fordern, bekräftigte Fraktionschefin Julia Willie Hamburg: »Schacht Konrad darf nicht zum Endlager zweiter Klasse werden. Für alle Arten von *Atommüll* müssen gleichermaßen hohe Anforderungen gelten.«

## Polen plant Einstieg in Atomkraft

### **Neue Atomkraftwerke in der Nähe der Ostsee sollen Polen beim Ausstieg aus der Kohle helfen. Die Pläne werden in Deutschland mit Unbehagen verfolgt.**

Polens nationalkonservative PiS-Regierung plant den massiven Einstieg in die Atomenergie – in Deutschland wird das mit Sorge verfolgt. Die beiden favorisierten Standorte liegen in der Nähe der Ostsee: Zarnowiec und Lubiatowo-Kopalino, beide gut 70 Kilometer von Danzig und 450 Kilometer von Berlin entfernt.

Spätestens 2026 soll mit dem Bau des ersten Reaktorblocks begonnen werden, der 2033 ans Netz gehen soll, heißt es in dem im Februar vorgelegten Strategiepapier "Polens Energiepolitik bis 2040". Bis zum Jahr 2043 sollen fünf weitere Reaktorblöcke folgen. Die Atomkraftwerke sollen Polen beim Ausstieg aus der Kohle helfen – gegenwärtig gewinnt das Land fast 80 Prozent seiner Energie aus Steinkohle und Braunkohle.

"Die Beispiele von hoch industrialisierten und hoch entwickelten Ländern und Regionen wie Frankreich, Schweden und der kanadischen Provinz Ontario beweisen, dass die Atomenergie zur effizienten, schnellen und tiefgreifenden Dekarbonisierung der Elektroenergetik beiträgt", wirbt die Regierung in einem weiteren Papier von 2020 zu ihrer Atompolitik. AKW seien die "billigste Energiequelle unter Berücksichtigung der Gesamtkostenbilanz und der Betriebszeit" und könnten die "energetische Sicherheit des Landes" absichern.

#### **"Keine externen Gefahren"**

Bereits 2009 hatte die polnische Regierung ihre Prioritäten in einem Dokument namens "Diversifizierung der Stromherstellungsstruktur durch die Einführung von Kernenergie" festgehalten, geht aus einem Programm von 2011 hervor. Die polnische Regierung sieht die AKW-Katastrophen von Tschernobyl im Jahr 1986 und Fukushima 2011 als nicht repräsentativ an. In Polen sollen ausschließlich die modernsten und sichersten kommerziell verfügbaren Techniken der Atomenergie eingesetzt werden. Auch gebe es an den potenziellen Standorten keine externe Gefahren.

Im Oktober 2020 schloss Polen bereits ein Abkommen mit den USA über nukleare Zusammenarbeit. Der US-Konzern Westinghouse soll an den Modellstudien beteiligt werden. Laut einer aktuellen Umfrage lehnen 45 Prozent der Polen den Bau von Atomkraftwerken ab, 39 Prozent sind dafür. Trotzdem gebe es in der Region um Danzig bislang keine Organisation, die gegen die AKW-Pläne mobil mache, sagt der grüne polnische Abgeordnete Tomasz Anisko.

#### **Unbehagen in Deutschland**

Dafür wächst das Unbehagen in Deutschland. Polens Pläne seien "rückwärtsgewandt", sagt Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. "Die polnische Entscheidung ist ökonomisch nicht klug und nimmt Risiken auf sich, die heute völlig überflüssig sind." Ein Anfang des Jahres erstelltes Gutachten, das ihre Fraktion bei fünf renommierten Umwelt- und Nuklearexperten, unter anderem von der Universität Genf, in Auftrag gegeben hat, kommt zu dem Schluss: Bei einem Unfall in einem polnischen AKW wäre Deutschland bei Betrachtung aller Wind- und Wettermöglichkeiten mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 Prozent betroffen. "Im schlimmsten Fall wären 1,8 Millionen Deutsche einer Strahlung ausgesetzt, bei der evakuiert wird", sagt Kotting-Uhl.

Auch die Bundesregierung hat reagiert. Ende März schickte sie der Regierung in Warschau eine Stellungnahme mit vielen offenen Fragen zum polnischen Energieprogramm 2040. Berlin fordert, in die AKW-Planung eingebunden zu werden, weil potenziell erhebliche negative grenzüberschreitende Umweltauswirkungen auf Deutschland nicht ausgeschlossen werden könnten, heißt es darin. Auch stamme die Umweltverträglichkeitsprüfung für die AKW-Standorte aus dem Jahr 2010 und sei veraltet. Ungeklärte Fragen aus deutscher Sicht betreffen zudem den Aufbau einer polnischen Atomaufsichtsbehörde sowie die Zwischen- und Endlager für verbrauchte Brennele-

mente.

Polen verwies bisher darauf, dass es zu Zeiten des früheren Anlaufs zur Atomkraft in den 1990er-Jahren bereits Erkundungen für ein Endlager gegeben habe. Dabei seien 44 Felsstrukturen identifiziert worden, in denen ein Tiefenendlager für radioaktive Abfälle potenziell angelegt werden könnte. Dabei handele es sich um Erstarrungs- und metamorphes Gestein, tonhaltige Gebilde und Salzablagerungen. "Da diese Untersuchungen vor über zehn Jahren durchgeführt wurden, können sie nicht als Grundlage für die Entscheidungsfindung herangezogen werden", hieß es in einem Papier der polnischen Regierung von 2014. Polen verfüge aber über Kenntnisse, die auf die Möglichkeit der Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle auf seinem Gebiet hinweisen.

### **Zugeknöpfte Ministerien**

Zum weiteren Verlauf des Dialogs mit dem Nachbar-

land gibt sich das Bundeswirtschaftsministerium zugeknöpft. "Mit Rücksicht auf die bilaterale Zusammenarbeit" wolle sie keine Einzelheiten zur Kommunikation mit der polnischen Regierung nennen, teilte eine Sprecherin dpa mit. Im Warschauer Ministerium für Klima und Umwelt heißt es dazu lediglich, es habe Anfang Mai auf die Fragen der Bundesregierung geantwortet und auf Beschlüsse der polnischen Regierung verwiesen.

In Zarnowiec, nur wenige Kilometer von der Ostseeküste entfernt, sollte bereits in kommunistischer Zeit Polens erstes Atomkraftwerk entstehen. Heute wirkt die riesige Bauruine wie das Symbol einer gescheiterten Epoche: Rostige Stahlgitter ragen aus verwitterten Betonklötzen, an der Plattform eines Metallmasts hängen noch Flutlichter. Der in den 80er-Jahren begonnene Bau des Prestige-Projekts wurde 1990 aufgegeben. Denn auch in Polen wuchs nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 der Widerstand gegen die Atomkraft.